

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der gemeinsamen Beratung von Landesrat und Landesvorstand vom 28. Januar 2017

Ort: Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, Dresden

Anwesende Mitglieder:

siehe Anlage Anwesenheitsliste

Entschuldigte Mitglieder:

siehe Anlage Anwesenheitsliste

Gäste:

siehe Anlage Anwesenheitsliste

Erstellung der Niederschrift:

Katharina Hanser, René Jalaß

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung
- Erster Entwurf Bundestagswahlprogramm 2017 → https://download.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm_erster_entwurf/2017-01-14_bundestagswahlprogramm2017_erster_entwurf.pdf
- Wahlstrategie 2017 → <https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlstrategie-2017/>
- DS 5 – 236 Einberufung 1. Sitzung 14. Landesparteitag (Glauchau, Sachsenlandhalle)
- DS 5 – 229 Einberufung 2. Sitzung 14. Landesparteitag (Chemnitz, Luxor)
- DS 5 – 230 Vorschläge Strukturierung der Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landesrat
- Antrag AG Finanzen
- Politische Bildung

Tagesordnung:

Vorabklärung TOP Politische Bildung

1. Vorbereitung der Bundestagswahl 2017

- 1.1. Vorstellung und erste Diskussion des ersten Entwurfes des Bundestagswahlprogramms
- 1.2. Schwerpunkte in Sachsen im Rahmen der Debatte Bundestagswahlprogramm und auch während des Wahlkampfes
- 1.3. Vorstellung der Debattenzeitleiste im Landesverband
- 1.4. Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2017 (Zweitstimmenwahlkampf, Auseinandersetzung mit der AfD)
- 1.5. Infos aus dem Wahlplenum // Stand Wahlkampfplanung

2. Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landesrat

3. Einberufung der 1. Tagung und 2. Tagung des 14. Landesparteitages der LINKEN Sachsen

4. Finanzen der LINKEN Sachsen – derzeitiger Debattenstand

5. Sonstiges

Begrüßung: Antje Feiks

- Wahlplenum traf sich das erste Mal
- Landesratsmitglieder sollen aktuellen Stand erfahren
- Schwerpunkt TO: Bundestagswahl

- Zwischenstand Finanzdebatte sollten wir miteinander diskutieren
- Änderungswünsche

Aus der Diskussion:

- Antrag Diskussion zur Zusammenarbeit Landesvorstand (LaVo)/ Landesrat (LaRa) sollte Vorrang haben; eine dreiviertel Stunde sei nicht ausreichend
- Ist heutige Beratung voll beschlussfähig (Fragen der Zusammenarbeit)?
- erst wenn LaRa abgestimmte Position hat, wäre ausführliche Diskussion möglich
- als Neumitglied im LaRa sind Problematiken unbekannt; es wäre besser, wenn Altmitglieder den Neumitgliedern vorab Stand der Dinge erläutern
- Landesgeschäftsführerin (LGF): Antrag zur Diskussion Zusammenarbeit LaVo & LaRa sollte abgestimmt werden; es gibt auch keine satzungsgemäße Beschlussfähigkeit, aber die gemeinsamen Vereinbarungen sollten für uns alle verbindlich sein; muss keine abschließende Beratung sein; habe auch eigene Perspektive eingebracht
- keine Informationen vorliegen im LaRa; beantragt: 1. TOP „Zusammenarbeit“ von eigtl. 13:15 Uhr gleich am jetzt Morgen behandeln
- sinnvoll strukturierte Debatte wäre gut
- das Politische hat Vorrang, nicht die Störung; Diskussion zur Bundestagswahl (BTW) 17 hat politische Signalstärke; Selbstbefassung ist wichtig, aber Hauptaufgabe liegt dieses Jahr bei der BTW
- politische Debatte eignet sich zum Einstieg besser
- wenn Leute sagen, Papiere lagen nicht vor, dann sollte das nach dem Mittag stattfinden, damit alle die Möglichkeit haben, sich damit zu befassen

Abstimmung Antrag:

- TOP Zusammenarbeit soll vorgezogen werden: 4 dafür/viele dagegen/4 Enthaltungen (TOP nicht geschoben)
- TOP nach der Mittagspause verlängern: (Gegenrede Tilman) (keine Fürrede): 3 dafür/viele dagegen/mehrere Enthaltungen (Antrag abgelehnt)

- Antrag: spätestens in 3 Monaten wieder eine vergleichbare Beratung
- kann Anliegen verstehen, dennoch Gegenrede weil Terminplan schon übertoll; ggf. auch möglich über Sitzung LaRa mit gfLaVo
- LGF: würden versuchen, dass Mitglieder des geschäftsführenden. LaVo dazu zu kommen, kann angesichts des Terminplans nicht in voller Stärke garantiert werden

- LGF: Vorschlag TOP Politische Bildung auf TO nehmen - - Für- & Gegenrede

Abstimmung zur TO:

- 0 dafür/viele dagegen/mehrere Enthaltungen (TOP Politische Bildung wird nicht behandelt)
- Abstimmung über geänderte TO:
- viele dafür/2 dagegen/3 Enthaltungen (TO mit übergroßer Mehrheit angenommen)

TOP 1 – Vorbereitung der Bundestagswahl 2017

- 1.1. *Vorstellung und erste Diskussion des ersten Entwurfes des Bundestagswahlprogramms-*
- 11.2. *Regionalkonferenz in Leipzig / danach weitere VA des Landesverbands*

Stefan Hartmann:

- vorliegender Entwurf ist 1. Entwurf von den beiden Vorsitzenden der Partei, noch nicht des Vorstandes;
- im Dokument wird soziale Frage als zentrale Frage der Partei deutlich; wir alle und auch unsere Zusammenschlüsse sollten beitragen das Dokument weiter zu qualifizieren
- Papier für Fraktionsvorsitzendenkonferenz von H. Pätzolt sollte in Debatte eingebracht werden; wäre gut, wenn in den vor uns liegenden Diskussionen herausgestellt würde, welche realen Diskussionen die Basis im realen Leben führt und ob das Programm diese Realitäten abbildet
- Einleitung sollte verbessert werden; Radikaler Realismus

aus der Diskussion:

- digitale Verfügbarkeit des Entwurfs ist ungeeignet für eine umweltschonende Bearbeitung
- Europakapitel nicht gut gelungen; Laizismusdebatte wichtig
- viel persönlich Wichtiges fehlt; Umgang und Debattenkultur zu Flucht und Asyl spielt keine ausreichende Rolle; Voraussetzungen für r2g sollten definiert werden; wir müssen das Gefühl vermitteln, dass sich etwas ändert, wenn man uns wählt; Innere Sicherheit ist auch ein wichtiges Thema, das von links behandelt werden muss; echte Radikalisierungsursachen erkennen; unser Unterschied zur AfD soll nicht sein, dass wir bestimmte Begleiterscheinungen ignorieren, sondern eigene Antworten darauf finden
- Einleitung nimmt aktuelle gesellschaftliche Situation nicht wirklich auf; bestimmte wichtige Punkte sind nicht drin (bspw. Solo-Selbständige); wir sollten auch vom üblichen Polit-Sprech wegkommen; viele Sachen sind sinnvoll und gut
- bislang nur Wissenschaftsteil gelesen, da sind Kernforderungen enthalten; möchte Widerspruch zu Stefan einbringen: Produktionsfortschritt muss auch definiert werden (bis wohin wollen wir?); ausführliche Debatten (außer von Wahlkampf zu Wahlkampf) fehlen; Steuersystem ist zentraler Punkt; teilt die Auffassung, dass vermutlich schwerster Wahlkampf seit 1990 zu erwarten ist
- einzelne zentrale Punkte sollten nicht überbewertet werden, unser Leben ist komplex und jedes Teil ist wichtig; gesellschaftliche Zustände sind keine Naturgesetze, sondern veränderbar; manchmal ist es wichtiger, nicht jede Programmzeile zu zitieren, sondern unsere wichtigsten Werte nach außen zu tragen
- wir sollten grundsätzlich sehr sicher sein, in unseren Antworten; Passus zur Bekämpfung der Korruption fehlt; leitende Visionen müssen wir wieder herausstellen (Wo wollen wir hin?)
- Fluchtursachen wollen alle Parteien bekämpfen; Flüchtlinge werden zu Problem gemacht
- wir sollten klarmachen, dass die einzig zu ändernde Fluchtursache der Kapitalismus ist; wir wären auf Holzweg, wenn wir denken, dass Zerschlagung der EU / Stärkung der Nationalstaaten eine Lösung wäre; eher EU & EU-Parlament stärken
- Alternative zu EU ist nicht immer Nationalstaaterie; Reform der UNO für globales Handeln
- Wille die EU zu verändern sollte vorhanden sein -> Positives für die Menschen heraus holen; Argumente schärfen für Gespräche mit „besorgten Bürgern“
- nicht in die EU-Verfallserzählung mit einsteigen – Alternativen aufzeigen, Neustart einer EU ist eher illusorisch, Formulierung von Kritik an EU/BRD sollte auch taktisch erfolgen
- Diskussionen müssen strukturiert über die Wahlstrategie erfolgen -> in Kreisverbänden/Ortsverbänden; legale Wege für Flüchtlinge schaffen -> Thematik in Zusammenhang mit dem Bundestagswahl-Programm aufnehmen und debattieren / Fluchtursachen; Ost-West-Problematik am Bsp: Andrej Holm + Rentenproblematik -> im Landesverband Debatte dazu stärken

LGF: Konzentration auf 2. Entwurf, da 1. Entwurf nicht als Ausgabematerial vorhanden ist → Regional-konferenz in Leipzig mit Schwerpunkt Europa / Chemnitz soziale Gerechtigkeit -> Möglichkeit sich in die Debatte verstärkt einzubringen

Änderungswünsche müssen formuliert werden und nicht nur in Debatten eingebracht werden / Einbringung in Kreisvorstände und in LaVo
erster Entwurf kann auf Wunsch gedruckt werden

- Änderungen müssen für Nachvollziehbarkeit auch kenntlich gemacht werden → Wunsch wird an Bundesstelle rangetragen
- Vorschlag Erstellung eines Formulars/Button: Was muss drin sein?; Sammeln von Vorschlägen auch Online

1.2. Schwerpunkte in Sachsen im Rahmen der Debatte Bundestagswahlprogramm und auch während des Wahlkampfes

- Schwerpunkte werden bis April vorliegen, im Juni erfolgt dann gemeinsame Diskussion
- Auf Wunsch Nennung der Termine und Themengebiete für Regionalkonferenzen
- es gibt Raum für Diskussionen, Workshops sind angedacht

1.3. Vorstellung der Debattenzeitleiste im Landesverband

Beschluss zur Debatte Bundestagswahlprogramm zur Kenntnis genommen

1.4. Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2017 (Zweitstimmenwahlkampf, Auseinandersetzung mit der AfD)

Antje Feiks:

- Ziel: Haltung zeigen und stark Stellung beziehen, da wir klare Auffassungen haben; eine der wenigen Parteien die auch größere Fragen stellen → Tendenzen darstellen und Wertediskussionen führen
- Politik ist komplex und langatmig, ist ein Vorwurf, sollte aber ernst genommen werden
- Kritik ggü. Parteien muss beachtet werden
- Verteilungsgerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und rechte Tendenzen -> Mittelpunkt: Wie gehen wir mit der AfD um? ist die falsche Strategie / wir müssen fit sein um der AfD begegnen zu können mit Blick auf Podiumsdiskussionen; in den Modus kommen auch eigene Punkte zu setzen sowie mit anderen Parteien abklären wie man der AfD begegnet
- Angebote für Infostände mit Vor-Ort-Schulungen um dem Debattenirrsinn zu begegnen; gemeinsames Training zur Stärkung der Argumentationslinien und um Genoss*innen Sicherheiten zu vermitteln, da auch Politikprofis Probleme haben der rechten Rhetorik zu begegnen
- Frage: Warum soll die LINKE gewählt werden! -> grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen von der Partei gewünscht; gegen Rassismus; für Weltoffenheit
- Zaghafteigkeit muss abgestellt werden, offensiver und hoffnungsvoller in den Wahlkampf gehen; aufsuchen mittels Hausbesuchen und mit anderen Formen wieder auf Menschen zugehen und mobilisieren
- wir wünschen uns, dass auch Direktkandidat*innen zum Zweitstimmenwahlkampf aufrufen; die Kandidat*innen können das auch mit eigenem Gesicht als persönlichen Aufruf gestalten; über das Spitzenteam und Berliner Wahlkreise hinaus ist eine Personalisierung nicht geplant, sondern Zweitstimme hat Vorrang
- wir wollen ein zweistelliges Ergebnis erzielen
- wir verzeichnen viel Bewegung (z.B. hohe Eintrittszahlen), wir können damit souverän umgehen und müssen uns nicht verstecken
- wir haben derzeit eine sehr gute Ausgangslage. Wir müssen nicht mit weniger als 8 MdB aus dem Wahlkampf herausgehen

Aus der Diskussion:

- Diskussion auf anderes Niveau heben -> Betonung auf Zweitstimme, da Kenntnis des Wahlrechts nicht so tief ist wie es sein sollte; intensive Gespräche mit Direktkandidaten
- in Umfragen stehen wir oberhalb des bisherigen Wahlergebnisses; Unterscheidung Bauchgefühl und reale Verhältnisse; bei MDR-Umfragen eher schlechtere Ergebnisse -> unterscheidet sich aber in der Praxis
- richtiger Moment die gesellschaftliche Herausforderung anzunehmen und für unsere klugen Konzepte zu kämpfen und damit Erfolge zu verzeichnen

1.5. Infos aus dem Wahlplenum // Stand Wahlkampfplanung

Antje Feiks:

- Landesgeschäftsstelle informieren, wenn Ergebnisse des Wahlplenums gewünscht sind → liegen als Ergebnisprotokolle vor
- 100 Großflächen mehr als zum BTW 2013, weniger Ausgaben für Plakate dafür Aufstockung der Großflächen -> 304 Großflächen gesamt zur BTW 2017
- Nennung der Kleinwerbemittel mit festgelegtem Verteilungsschlüssel; Kreisverbände können Fahrzeuge über die Landesgeschäftsstelle anmieten, da kostengünstiger und Fahrzeuge zur Wahl-Beklebung genutzt werden
- Absprachen zu Bühnenangeboten und sicherheitsrelevanten Fragen
- Touren: Koch- und Kinotouren sind gewünscht und geplant, Jugendtour, Frauenwahlkampf (genaues wird noch geklärt und festgelegt)
- Aktivitätsgrad innerhalb der Partei aktuell relativ hoch; Erzeugung hoher Präsenz
- Infostände: Informationsvermittlung sollte gestärkt werden → in Arbeit
- Hinweis auf Durchlesen der DS 5-230 um nach der Pause informiert zu sein

TOP 2 - Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landesrat DS 5 - 230

Antje Feiks:

- erste Vorschläge in vorliegender Drucksache aufgeführt; soll erste Diskussion zur weiteren Zusammenarbeit sein; muss nicht abschließend beraten werden; soll zu weiterer Transparenz und Verbindlichkeit beitragen; konstruktiver Austausch;
- Bitte: Landesratsmitglieder, die Unterlagen nur digital haben möchten, einfach in der WahlFabrik melden
- Bitte: auch zukünftig sollte mind. 1 Sprecher*in des LaRa bei Sitzungen des LaVo anwesend sein

aus der Diskussion:

- Papier ist ein wirklich guter Aufschlag; kann ein guter Startschuss für einen gemeinsamen Neuanfang sein
- Zustimmung; entspricht den schon längeren Forderungen im LaRa; gegenseitige Teilnahme an Sitzungen/TelKos ist wirklich erwünscht
- gute Zusammenarbeit setzt v.a. ein Miteinander atmosphärischer Natur voraus; subjektives Gefühl von „nicht ernst genommen werden“; zur Vorlage: Landesgeschäftsführung (LGF) darf nicht über Termine des LaRa entscheiden; erfahre über Beschlüsse des LaVo i.d.R. aus Protokollen mit hohem zeitl. Abstand nach Sitzungen
(Wunsch: wesentliche Ergebnisse früher kommunizieren)
- **GO-Antrag:** Redezeitbegrenzung (kein Widerspruch): *Beschluss 3 Minuten*
- LGF entscheidet nicht über LaVo-Termine, sondern unterbreitet Vorschläge; entspricht dem Aufgabenbereich der LGF
- niemand hindert den LaRa rechtzeitig Terminvorschläge einzureichen; zu Vetos: LaRa ist kein Gegen-LaVo
- Papier der LGF ist in Ordnung und beinhaltet Diskussion im LaRa; nach nicht erfolgter LaRa-Zuarbeit ist es schwierig, kurzfristige Zuarbeit zu kritisieren; der LaVo ist nicht dafür persönliche Fehden einzelner zu kritisieren; der LaVo ist von uns allen gewählt; wir als LaRa haben auch an uns selbst zu arbeiten
- Dank für den Strukturvorschlag – es ist eine beschlussfähige Sache; nicht beschließbar ist die Gemeinsamkeit; Appell an uns alle: Es muss in unserem gemeinsamen Interesse liegen, dass die beiden Gremien – unter Wahrung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben – respektvoll (zusammen-)arbeiten; die zu wählenden Sprecher*innen haben eine explizite Aufgabe, die sich auch etwas vom normalen Mitglied abhebt
- Wunsch, dass LaRa Verantwortung nachkommt und Sachen anschiebt und sich wesentlich aktiver in Kernthemen unseres Wirkens einschaltet; Zusammenarbeit auf Augenhöhe
- Zurückweisung, dass Nichtwahl eines Einzelmitglieds in ein Gremium zum angesprochenen Veto geführt hat; Verhältnis zu LwZ: Abschätziges Äußerungen verurteilen
- **LGF:** Formulierungen im Papier sind Vorschläge und keine unverhandelbaren Regeln; im LaRa sitzen viele neue Mitglieder, es ist nicht zuträglich anhand einer einzelnen Beschlussfassung, den Umgang mit LaVo festzumachen; LaRa hätte selbst auch initiativ werden können
- 1 LaVo Mitglied spricht nicht für den LaVo; nur Vorsitzender oder stellv. Vorsitzender sprechen für LaVo; ansonsten werden gemeinsam Beschlüsse gefasst; diese Korrektheit ist wichtig, da gemeinsame Haftung unsinnig ist
- LaRa ist natürlich nicht Opposition zum LaVo, hat aber kritisch zu arbeiten; Satzungsfragen haben für Organisation grundlegende Bedeutung; Selbstbeschäftigung könnte über eine erneute aktive Satzungs-kommission reduziert werden
- alle Vorschläge hatten wir schon vor langer Zeit genauso gehandhabt; auf´s Internet bauen und Monologe führen, bringt uns nicht vorwärts; ohne Satzungskommission keine grundlegende Satzungsdebatte
- Grundsatzkommission hatte Aufgabe, Vorschläge (!) zu unterbreiten; Wunsch wäre, nicht nur Sprecher*innen zu betrauen, sondern gemeinsam Aufgaben zu teilen und Vorschläge zu unterbreiten
- Satzungskommission ist keine Dauereinrichtung, sondern resultierte aus aktuellem Satzungsänderungsbedarf; dauerhafte Einrichtung verschärft globale Terminlage
- **LGF:** Beschluss Landesparteitag (LPT) -> LaVo wird beauftragt, nötige Satzungsänderungen zu erarbeiten und auf nächstem LPT vorzustellen; LaRa-Sprecher*innen müssen die Möglichkeit haben, an Sitzungen und TelKos teilnehmen zu können; brauchen Gefühl dafür, was dem LaRa wichtig ist, welche

Dokumente unmittelbar bereitgestellt werden sollen

- wenn Gremien beauftragt werden, dann haben diese auch – jenseits von geringer Hierarchie – vorrangige Aufgaben; Vorschläge der LGF sind insgesamt sehr positiv aufgefasst worden; LGF hat sich damit viele Aufgaben zusätzlich aufgeladen;
- interpretiere LPT-Beschluss anders
- LGf: nach Erarbeitung der Satzungsvorschläge, erhält der LaRa diese und kann damit ebenfalls eigene Diskussionen in eigenen Strukturen führen; Bitte an LaRa: Diskussionen zum Papier führen, Ergänzungswünsche anmelden, um letztlich eine gute Beschlussgrundlage zu haben

TOP 3 – Einberufung der 1. Tagung und 2. Tagung des 14. Landesparteitages der LINKEN Sachsen DS 228/229

- Einberufung 1. Tagung, 14. Landesparteitag (Glauchau): 29. April 2017
- Termin war eigtl. nicht geplant, soll aber lt. letztem LPT für Finanzkonzept stattfinden
- TOP sollte draufbleiben, zusätzlich sicherheitshalber auch Wahlen (ggf. Schiedskommission etc.)
- Arbeitsgremien bleiben bis Neuwahl der Nachfolger im Amt
- Fokus sollte auf Wahlen liegen – Hinweis auf LVV
- Diskussion zu Frist Antragsschluss (Tagregelung oder Beginn-Uhrzeit maßgeblich?)
- zu kurzfristige Anträge sind problematisch
- Fristsetzung bemisst sich an Handhabbarkeit / 0:00 Uhr Vortag
- Antrag: Punkt 8 /Antragsschluss Samstag, 22.4., 10:00 Uhr
- Punkt 4 Korrektur: 13. statt 14. LPT

Abstimmung zu Vorlage: einstimmig beschlossen

- Einberufung 2. Tagung, 14. Landesparteitag (Chemnitz): 4.-5. November 2017
- Änderungen: Punkt 8: Antragsschluss, Samstag, 28. Oktober 10:00 Uhr
- Arbeitsgremien, die auf 1. Sitzung gewählt wurden, bleiben für 2. Sitzung im Amt

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 4 – Finanzen der LINKEN Sachsen – derzeitiger Debattenstand

Bernd Spolwig:

- tiefgründige Diskussionen auf kl. Parteitag verlegen, es erfolgt reine Information
- Finanzkonzepterstellung ist eher schwierig mit 19 Personen -> Einigung auf Minimalkonsens: bisheriges Finanzkonzept bleibt bestehen und wird um 3 Punkte erweitert (10-15% der Einnahmen zweckgebundene Wahlkampf-Einlage / einheitliche Planungsgrundlage für Finanzbeirat und KV als Basis / Mittel nicht weiter zentralisieren, Aufteilungsverhältnis bleibt, bei Problemen wird Konto eröffnet und bei Landesverband angesiedelt -> Entscheidung erfolgt auf Antrag mit vorgelegtem Lösungskonzept

Franziska Wendler: es gibt kein neues Finanzkonzept; Gremium war für kompetente inhaltliche Arbeit zu groß, teilweise dominiert von Wenigen -> daher nur Ergänzung; Schwierigkeiten bei Finanzeinschätzung der KV sowie Einbringung von Veränderungen; Auftrag wurde leider nicht erfüllt

Angela Hähnel: es war sehr chaotisch und teilweise sinnlose Arbeit; jede/r ging mit anderen Grundvoraussetzungen ran: es wirkt so als würde man die Finanzen wieder rausholen wollen, die man ausgegeben hat; Teilnehmerzahl nahm im Laufe der Zeit erheblich ab

Tilo Hellmann: Zeit für einen Paradigmenwechsel und etwas verändern – leider nicht gelungen; scheinbar wollten die KV, jeder für sich, einen eigenen Gewinn rausholen; es braucht die Emanzipation und das Verständnis das man Mitglied der Partei ist und nicht nur eines KV; Priorität auf politische Wirkung setzen und nicht auf das eigene Überleben des KV, sonst ist es eine Ressourcenverschwendung

aus der Diskussion:

- auf dem LPT dafür werben wieder den Finanzbeirat zu stärken, um solchen Ergebnissen vorzubeugen
- Zustimmung; dass es zu solchen Ergebnissen kommt; Dank an Bernd Spolwig und den Finanzbeirat für

ihr Durchhaltevermögen; Darlegung eigener Erfahrungen in Finanzgruppen; Beschäftigung mit der Thematik bis kommenden Jahres

Franziska Wendler: leider haben sich zu wenige gegen die Arbeitsgruppe (AG) Finanzen auf dem LPT ausgesprochen; Finanzbeirat (FBR) war nicht untätig und strebte von Beginn an die Ausarbeitung eines Finanzkonzeptes an; Warnung vor der Gründung eines neuen Gremiums, da Arbeit des Finanzbeirates konkreter und intensiver, also qualitativ besser geworden ist -> Arbeit wird weiter erfolgen

- Logik-Crash / Argumentation scheint nicht schlüssig

- Dank für das Papier, unabhängig des Ergebnisses; LaVo sollte vlt. zur Kenntnis nehmen, dass die Meinungen vor Ort sich unterscheidend vom LaVo; wenn die Botschaft lautet, es soll nicht weiter debattiert werden, dann wird es auch nicht weiter getan; es macht keinen Sinn ein neues Gremium zu gründen, wenn die Bereitschaft nicht vorhanden ist -> Moderation ist damit auch nicht möglich; es sollten Tatsachen geschaffen werden und ergebnislose Diskussionen unterbunden werden

- LGF: kleinere KV mit strukturellen Problemen haben scheinbar die Absicht, eben diesen zu helfen, leider nicht verstanden; Landesgeschäftsstelle (Lgst.) erhält immer mehr Aufgaben, leider ist es immer schwerer alle strukturell sinnvoll zu unterstützen - man bräuchte 3 MA für Kreisverbände; für Änderungen bedarf es keinen Landesparteitag

- momentan können Gelder zurückgelegt werden, aber nach Wahlen sind diese aufgebraucht; wenn keine anderen Anträge vorliegen, kann man überlegen mehr Raum für andere Inhalte zu schaffen; FBR hat die Aufgabe den LaVo zu beraten und dies wird weiter erfolgen; wenn der LV ein Finanzproblem hat, dann haben es letztendlich auch die KV

- Tilo Hellmann: Unterscheidung zwischen Selbstwahrnehmung und Betrug; bei Problemen wird sofort die Lgst. kontaktiert, ohne zu beachten, dass dies auch schaffbar sein muss; in den kommenden Jahren können nicht mehr so große Sprünge über Beiträge erfolgen -> System ändern und Lösungen für zukünftige Arbeit finden; absehbar, dass einige KV es finanziell nicht mehr schaffen können

- durch das „arm rechnen“ sind keine transparente Zahlen mehr vorhanden mit denen man arbeiten kann; bei der Finanzplanung geht es auch um Unterstützung für geplante Aktivitäten, nicht nur um Finanzen

LGF: LaRa muss überlegen ob weitere Ausführungen erwünscht sind

TOP 5 – Sonstiges

- keine Meldungen zum TOP → Ende der Beratung

F. d. R.

Dresden, 27.02.2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin